

AKTUELL

OKAJU JAHRESBERICHT

Konkretes für Kinderschutz

María Elorza Saralegui

Armut und psychische Belastung von Kindern vergrößern sich. In seinem Jahresbericht fordert der Okaju einen systemischen Ansatz mit verstärkter Unterstützung von Familien und der Weiterbildung von Personal.

„Die Realität in Luxemburg zeigt, dass nichts selbstverständlich ist“, so Charel Schmit. Einige Tage vor dem internationalen Kindertag hat der Präsident des „Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher“ (Okaju) Anfang dieser Woche den neuen Jahresbericht vorgestellt. Darin zeigt sich der Ombudsman zunehmend alarmiert über die steigenden Risiken, vor denen Kinder nicht ausreichend geschützt sind. Sektorenübergreifende Maßnahmen seien nötig: etwa in der Bildung, der Gesundheit, der Justiz – und dem Sportbereich, wo das Gewaltrisiko für Minderjährige bei bis zu 86 Prozent liege. Dennoch hätten nur knapp ein Viertel aller Sportinstitutionen einen Maßnahmenplan zum Schutz von Minderjährigen, gibt der Okaju an.

Auch in der digitalen Welt lauerten viele Gefahren für die Gesundheit der Kinder. „Studien zeigen, dass Kinder, die unter 13 Jahren ein Handy bekommen, eine höhere Anfälligkeit für spätere psychische Erkrankungen aufweisen“, mahnt Schmit. Kinder unter drei Jahren sollten keinem Bildschirm ausgesetzt sein, und Kinder unter 15 kein eigenes Smartphone besitzen.

Zudem sei Luxemburg weiterhin viel zu lax was pornographische und pädokriminelle Inhalte angehe. Nicht nur, dass Minderjährige solchem Material zunehmend ausgesetzt seien: Sexualisierte Gewalt werde normalisiert und der Konsum von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern oft verharmlost. Bei 40 Prozent der Konsument*innen komme es auch zu einer Umsetzung in die Tat. Statt wirtschaftliche Interessen zu priorisieren, müsse der Staat die „Pornografieindustrie als Hochrisikosektor anerkennen, kontrollieren und eine ambitionierte Umsetzung der CSDDD-Richtlinie sicherstellen“, so der Bericht.

Zunehmende institutionelle Gewalt

„Mentale Gesundheit darf kein Zusatz sei, sondern ist ein fundamentales Recht“, so Schmit. Die psychische Gesundheit hängt dabei stark mit dem Lebensumständen zusammen. Bei Kindern, die in Pflegefamilien oder Institutionen unterkommen stellt der Okaju eine „besorgniserregende Verschlech-

terung“ fest. Ihre Anzahl stieg zwischen 2021 und 2024 um 10 Prozent. Bis zum 1. Oktober dieses Jahres wurden 1.523 Kinder in Obhut genommen und fremdplatziert, die meisten davon in Institutionen. Die Folgen sind alarmierend: 42 Prozent der Kinder zeigten klinisch-relevante Symptome. Dennoch gebe es bislang keine Qualitätskontrollen der Institutionen. Und: Immer noch werden Kinder, die eine Straftat begangen haben, in den für Erwachsene vorgesehenen „Centre pénitentiaire“ gesteckt. Allein dieses Jahr hat der Okaju 21 solcher Fälle gezählt, darunter zwei schwangere Mädchen.

Insgesamt liegen momentan drei Gesetzesentwürfe vor, um Kinder während juristischen Prozeduren besser zu schützen. Generell bliebe deren Ansatz aber strafen- und sicherheitsorientiert, bemängelt der Bericht. Unter anderem fordert der Okaju eine verstärkte Begleitung bei der Strafverfolgung und ein Festlegen des Strafmündigkeitsalters auf „idealerweise 16 Jahre“. „Schutz vor Gewalt muss auch Schutz vor institutioneller Gewalt heißen“, so der Okaju-Präsident.

Rund 70 Prozent der Kinder, die in Institutionen unterkommen, lebten später in Armut. Jetzt schon ist in Luxemburg fast jedes vierte Kind arm. Bei alleinerziehenden Familien steige der Wert sogar auf 48 Prozent, so Schmit. Damit zählt Luxemburg zu den fünf am meisten betroffenen Ländern in Europa. Kinder mit Behinderungen und einem Migrations- und Fluchthintergrund seien besonders betroffen.

Wenig überraschend erwähnt der Ombudsman den kaum erschwinglichen Wohnmarkt und die steigenden sozialen Ungleichheiten als Hauptursachen für steigende Kinderarmut. Ein Quotensystem, damit jede Gemeinde eine gewisse Anzahl von Sozialwohnungen und Notunterkünften zur Verfügung stelle, sei notwendig, so der Okaju. Die Regierung müsse zudem „die Einkommen und die Sozialleistungen erhöhen“, um Familien stärker zu unterstützen.

Auch verlangt der Ombudsman das Einstellen der Zwangsräumungen. Zwar habe die Notunterkunft „Wanteraktiou“ am 15. November erneut ihre Türen geöffnet, doch für Kinder sei sie gänzlich unangemessen. „Wir fordern, dass – wenigstens im Winter – eine leere Jugendherberge für Familien mit Kindern zur Verfügung gestellt wird“, so Schmit in der Abgeordnetenkammer am Montag. „Das müsste doch möglich sein.“

SHORT NEWS

Méco warnt vor Vendetta gegen Bio

(mes) – Eigentlich handelt es sich bei der „Restopolis“-Initiative „Supply4Future“ um einen Erfolg: Statt wie beim Schulobst vorrangig auf den Preis zu schauen, erarbeitete das Bildungsministerium eine Kriterienliste, nach der lokal und vor allem biologisch produzierte Lebensmittel in Schulkantinen priorisiert werden sollen. Nun werde dieser erfolgreiche Ansatz jedoch in Frage gestellt, kritisierte der Méco auf einer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag. So sollen konventionell, aber lokal produzierte Lebensmittel Vorrang vor Bio-Produkten aus dem Ausland kriegen. Gefördert werde der Wechsel unter anderem von der Landwirtschaftsministerin Martine Hansen (CSV) und der Verteilerfirma „Provençale“. Letzterer wirft die Umwelt-NGO vor, ihre marktbeherrschende Position zu nutzen, um Druck auf Landwirt*innen und die Regierung auszuüben. Die Änderung, führe zu einer Schwächung des hiesigen Biosektors, fürchtet die Umwelt-NGO: Werden lokale konventionelle Produkte vor ausländischen priorisiert, verschwinde einer der wenigen Anreize für Landwirt*innen auf Bioprodukte umzustellen. „Die Ministerin setzt sich nicht nur nicht für den Biosektor ein, sie arbeitet aktiv auch an dessen Schwächung“, so Méco-Präsidentin Blanche Weber. Ein Großteil der Emissionen aus dem Landwirtschaftsbereich würden nämlich nicht beim Transport, sondern bei der Produktion selbst entstehen – somit seien auch ausländische Bio-Produkte nachhaltiger als konventionelle aus Luxemburg. Dieses Jahr stammen 71 Prozent der Produkte, die Restopolis in Schulkantinen nutzt, aus lokalem Anbau.

Lutte contre la faim : « Au train où vont les choses... »

(fg) – « Au train où vont les choses, des millions de personnes souffriront encore en 2030 de sous-alimentation, des millions d'enfants seront toujours affectés par diverses formes de malnutrition, et l'objectif 'Faim zéro' sera loin d'être atteint » : membre de la Cour des comptes européenne, Bettina Jakobsen dresse un bilan peu flatteur de l'aide apportée par l'Union européenne à la lutte contre la faim en Afrique subsaharienne. Entre 2021 et 2034, l'UE a alloué 11 milliards d'euros à des pays africains pour les soutenir dans la lutte contre la faim, mais « une grande partie de cette aide n'a pas bénéficié aux plus démunis et peine à produire des résultats pérennes », constate un rapport de l'institution européenne basée à Luxembourg, publié ce 20 novembre. Outre la faiblesse du ciblage des aides vers les personnes et les régions les plus en situation d'urgence, la Cour des comptes identifie des projets qui ne sont pas toujours en phase avec les besoins et les défis recensés sur le terrain. Enfin, soulignent les auditeurs, « trop peu d'attention a été accordée aux résultats et à la durabilité ». Autrement dit, l'UE donne beaucoup, mais ne se soucie que trop peu de l'efficacité réelle de ses aides et de ses effets à long terme, à même de s'attaquer aux causes profondes du problème. La Cour invite dès lors la Commission européenne à revoir sa méthodologie, alors que « l'insécurité alimentaire aiguë » a progressé entre 2023 et 2024, touchant 295 millions de personnes dans le monde, les femmes et les enfants étant les plus exposées.

EU-Solidaritätspool: Luxemburg stellt Fragen

(tf) – Im geplanten Asyl-Solidaritätsmechanismus („Solidaritätspool“) der EU-Kommission gibt es drei Kategorien von Ländern, die unter unterschiedlich „hohem Migrationsdruck“ stehen und daher entlastet werden sollen oder zu bestimmten Hilfen berechtigt sind. Luxemburg firmiert in keiner davon. Ob die Regierung mit dieser Einstufung und den damit einhergehenden Pflichten einverstanden sei und gedenke Flüchtlinge aufzunehmen, wollte der Déi-Gréng-Abgeordnete Meris Sehovic am Dienstag von Premierminister Luc Frieden (CSV) in der Chamber wissen. In der Tat legt der Entwurf der EU-Kommission dies nahe („Füllen oder trockenlegen“; woxx 1862). „Wir verstehen nicht, warum wir so kategorisiert werden sind“, so Friedens Antwort, vor allem „weil wir eigentlich finden, dass wir in einer ähnlichen Situation sind wie unsere Nachbarländer“. Sämtliche Anrainerstaaten Luxemburgs nämlich sieht die EU-Kommission „aufgrund der hohen Zahl von Ankömmlingen [beziehungsweise] der anhaltenden Belastung ihrer Aufnahmesysteme [...] von Migrationsdruck bedroht“. Luxemburg habe nicht weniger Flüchtlinge aufgenommen, so Frieden. Deshalb habe man derzeit noch nichts unternommen, sich zusätzlich zu engagieren. Der für Migration zuständige Innenminister Léon Gloden (CSV) werde sich zunächst erkundigen, wie die Bewertung zustande gekommen ist.